

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik finanzierten Direktzahlungen (GAP-Direktzahlungen-Gesetz – GAPDZG)

– Drucksache 19/29490 –

Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 1005. Sitzung am 28. Mai 2021 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Zum Gesetzentwurf insgesamt

1. Der Bundesrat begrüßt die konkrete Umsetzung der von den Ministerinnen, den Ministern, der Senatorin und den Senatoren der Agrarressorts der Länder vom 26. März 2021 einstimmig festgelegten Position in den vorliegenden Gesetzentwürfen in den Drucksachen 299/21, 300/21 und 301/21. Er regt an, in den weiteren Rechtssetzungsverfahren ein besonderes Augenmerk auf die bürokratischen Lasten bei den Landwirten zu legen und diese auf ein notwendiges Mindestmaß zu reduzieren. Das betrifft insbesondere den Verzicht auf die Prüfung der Tierkennzeichnung im Rahmen der Konditionalität, soweit sie nicht zwingend durch die neuen gekoppelten Prämien für Mutterschafe, -ziegen und -kühe vorzunehmen ist.
2. Der Bundesrat empfiehlt, die vorgesehenen Öko-Regelungen so auszugestalten, dass eine flächendeckende Teilnahme aller Landwirte möglich ist. Zudem sollen die Maßnahmen in allen Regionen Deutschlands ausgewogen anwendbar sein. Es sollte durch die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen vermieden werden, dass es zu einer regional ungleichen und stark kumulierten oder ausbleibenden Inanspruchnahme aufgrund regional unterschiedlicher natürlicher oder struktureller Gegebenheiten kommt. Auch Intensivregionen müssen erreicht werden.
3. Der Bundesrat bittet um eine angemessene Darstellung des Erfüllungsaufwandes der Verwaltungen der Länder, da insbesondere vor dem Hintergrund der Ausgestaltungsvarianten der Öko-Regelungen ein erheblicher Mehraufwand befürchtet wird.
4. Der Bundesrat bittet um Prüfung, im Sinne einer Entlastung von Bürokratie die in § 7 Absatz 1 GAPKondG festgelegte Bagatellgrenze nicht wie vorgeschlagen auf 250 m² festzulegen, sondern auf dem bisherigen Wert von 500 m² zu belassen.

5. Der Bundesrat begrüßt, dass die Agrarministerinnen und Agrarminister der Länder die von einer Arbeitsgruppe der Umweltministerien erarbeitete Position zur GAP berücksichtigt haben. Dies demonstriert die hohe Relevanz einer engen Einbindung der Umweltseite der Länder in die nationale GAP-Umsetzung. Er begrüßt, dass es gelungen ist, ab 2026 nahezu die Hälfte der zur Verfügung stehenden Finanzmittel der 1. Säule für Umwelt-, Klima- und Tierschutz zu qualifizieren. Der Bundesrat erwartet, dass die konkrete Umsetzung der Öko-Regelungen nun in gemeinsamen Arbeitsgruppen der Agrar- und Umweltministerien diskutiert wird sowie möglichst in einen gemeinsamen Beschluss mündet.
6. Der Bundesrat verbindet mit den jetzt getroffenen Entscheidungen über das Gesetzespaket zur nationalen Umsetzung der GAP die Hoffnung, dass es auf dieser Grundlage gelingen kann, dem Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ stärker als in der vergangenen Förderperiode zur Geltung zu verhelfen. Er betont, dass mit der vorgesehenen Revisionsklausel in 2024 eine Steuerungsmöglichkeit besteht, die umfassend genutzt werden muss, sollte sich herausstellen, dass die beschlossenen Finanzmittel und Maßnahmen für einen umwelt- und klimagerechten Umbau der Landwirtschaft nicht ausreichen.
7. Der Bundesrat begrüßt, dass mit der vorgesehenen Tierprämie in Höhe von 2 Prozent der nationalen Obergrenze die ökologisch besonders wertvolle Weidetierhaltung (Haltung von Schafen, Ziegen und Mutterkühen) honoriert wird. Durch die Beweidung werden bestehende Biotope und Kulturlandschaften geschützt und insbesondere Schäfereibetriebe erhalten endlich die erforderliche flächenunabhängige Einkommensunterstützung.
8. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung nun dazu auf, sich in den abschließenden Trilogverhandlungen in Brüssel im Sinne des gefassten Beschlusses einzusetzen. Zudem sollten entsprechend des nationalen Umsetzungsbeschlusses keine Öko-Regelungen zulässig sein, die keinen direkten ökologischen Nutzen haben, wie beispielsweise die Anschaffung von Landmaschinen.
9. Damit die Öko-Regelungen tatsächlich den erforderlichen positiven Effekt für die Umwelt haben, müssen nach Auffassung des Bundesrates insbesondere folgende Voraussetzungen erfüllt sein:
 - Einzelflächenbezug als Grundvoraussetzung für eine höhere ökologische Wirksamkeit
 - Möglichkeit der Mehrjährigkeit, denn einjährige Maßnahmen haben in der Regel nur geringe positive Umweltwirkungen
 - Vermeidung kontraproduktiver Auswirkungen (z. B. Nutzungsaufgabe von Extensivgrünland) durch Fehlanreize.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der letzten Förderperiode und der nationalen Umsetzung des Greenings stellt der Bundesrat heraus, dass nur solche Öko-Regelungen die Zustimmung des Bundesrates erhalten werden, die einen tatsächlichen ökologischen Mehrwert haben.

10. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, gegenüber der Europäischen Kommission darauf zu dringen, dass Öko-Regelungen generell mit Anreizkomponenten versehen werden können und im Rahmen der nationalen Umsetzung die Möglichkeiten zur Einführung von Anreizkomponenten gezielt eingesetzt werden.
11. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass die Förderperiode 2023 bis 2027 eine Übergangsförderperiode ist, die den Systemwechsel in der GAP einleiten und vorbereiten muss. Vor diesem Hintergrund sieht der Bundesrat die Öko-Regelungen im Zusammenspiel mit den Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen der 2. Säule sowie die Erprobung der Gemeinwohlprämie als wichtige Ansätze, um perspektivisch das Ziel öffentliches Geld für öffentliche Leistungen umfassend umzusetzen. Der Bundesrat ist darüber hinaus davon überzeugt, dass neben den Agrarzahlungen des Staates auch faire Preise für die landwirtschaftlichen Produkte von großer Bedeutung für die Einkommenssicherung und für eine nachhaltige und flächengebundene Landwirtschaft sind.
12. Der Bundesrat begrüßt, dass das Angebot der Öko-Regelungen von der Bundesregierung vor dem Hintergrund der anhängigen Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Deutschland um einen Schutzgutzuschlag Natura 2000 erweitert wurde (§ 20 Absatz 1 Nummer 7 des Gesetzentwurfs). Damit diese Öko-Regelung die gewünschten positiven Effekte für die Biodiversität entfalten kann, muss nach Auffassung des Bundesrates sichergestellt sein, dass damit keine Einschränkungen bei der Förderung von Maßnahmen der

zweiten Säule, insbesondere der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sowie der Natura 2000-Ausgleichszahlungen, einhergehen.

Begründung:

Die Umsetzung von Natura 2000 erfordert in den nächsten Jahren intensive zusätzliche Anstrengungen von Bund und Ländern. Um die ambitionierten Ziele zusammen mit den Landwirten umsetzen zu können, ist die von der Bundesregierung geplante Öko-Regelung für eine den Schutzziele entsprechenden Bewirtschaftung in Natura 2000-Gebieten von wesentlicher Bedeutung. Dies kann ganz wesentlich helfen, die Akzeptanz der landwirtschaftlichen Betriebe für Natura 2000 zu sichern. Voraussetzung ist dabei, dass diese Öko-Regelung als pauschaler Zuschlag einfach administrierbar ist. Zudem darf er den Einsatz von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sowie der Natura 2000-Ausgleichszahlungen in keiner Weise einschränken.

13. Zu § 20 Absatz 1 Nummer 1 und 1a – neu – bis 1c – neu – GAPDZG

In § 20 Absatz 1 ist Nummer 1 durch folgende Nummern 1 bis 1c zu ersetzen:

- „1. eine Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität und Erhaltung von Lebensräumen durch nichtproduktive Flächen ...<weiter wie Vorlage § 20 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a>,
 - 1a. eine Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität und Erhaltung von Lebensräumen durch Anlage von Blühstreifen ...<weiter wie Vorlage § 20 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b>,
 - 1b. eine Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität und Erhaltung von Lebensräumen durch Anlage von Blühstreifen ...<weiter wie Vorlage § 20 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c bis zum Wort „Dauerkulturen“>,
 - 1c. eine Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität und Erhaltung von Lebensräumen durch Altgrasstreifen ...<weiter wie Vorlage § 20 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d>,”

Begründung:

Die Nummer 1 in der Fassung des Gesetzentwurfs sollte in einzelne selbstständige Maßnahmen entsprechend des Beschlusses zu TOP 28 der Agrarministerkonferenz vom 25. bis 26. März 2021 aufgeteilt werden.

Wenn die Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität und Erhaltung von Lebensräumen als eine Maßnahme angesehen wird, kann ein Betrieb mit mehreren Hauptbodenkulturen nicht nur an einer einzelnen Maßnahme teilnehmen, sondern müsste anteilig der jeweils im Betrieb vorherrschenden Hauptbodenkulturen entsprechend Fläche vorhalten. Dies würde zu weniger Umweltleistung führen.

Wenn es keine betriebsbezogene Zahlung mit Anreiz geben soll, in der alle im Betrieb vorhandenen Hauptbodenkulturen entsprechend der der Vorgaben stillgelegt werden müssen, ist das zusätzlicher Verwaltungsaufwand.

Da wahrscheinlich die Maßnahmen der Buchstaben a bis d eine unterschiedliche Förderhöhe haben, die aber über 1a) (zumindest bei b und c) wieder zusammenhängen, entsteht zusätzlicher Verwaltungsaufwand durch Priorisierung der Untermaßnahmen insbesondere bei Rückforderungen.

Bei Altgrasstreifen (Buchstabe d) besteht kein Bezug zu GLÖZ 9. Zudem ist davon auszugehen, dass es sich bei dieser Maßnahme um Teilflächen einer Parzelle handelt, die im Hinblick auf die Festlegung der Förderhöhe separat zu behandeln ist.

Ebenfalls sind die Bedingungen bei Blühflächen auf Acker und auf Dauerkulturen unterschiedlich und separat zu behandeln.

Um Überschneidungen und Berücksichtigung unter den Ökoregelungen selbst und zur zweiten Säule darzustellen, muss eine Matrix dies abbilden. Bei mehreren Unterpunkten innerhalb einer Ökoregelung wird die Programmierung deutlich aufwendiger.

14. Zu § 22 GAPDZG,
§ 23 GAPDZG,
§ 24 GAPDZG,
§ 25 GAPDZG

- a) In der Überschrift und im gesamten § 22 sind die Wörter „Mutterschafe und -ziegen“ jeweils durch die Wörter „Schafe und Ziegen“ zu ersetzen.
- b) In der Überschrift und im gesamten § 23 sind die Wörter „Mutterschafe und -ziegen“ jeweils durch die Wörter „Schafe und Ziegen“ zu ersetzen.
- c) In der Überschrift und im gesamten § 24 sind die Wörter „Mutterschafe und -ziegen“ jeweils durch die Wörter „Schafe und Ziegen“ zu ersetzen.
- d) In der Überschrift und im gesamten § 25 sind die Wörter „Mutterschafe und -ziegen“ jeweils durch die Wörter „Schafe und Ziegen“ zu ersetzen.

Begründung:

Für den Naturschutz erforderliche Landschaftspflegeleistungen werden durch die Beweidung von adulten Schafen und Ziegen erbracht – unabhängig davon, ob es sich bei diesen um Muttertiere handelt oder nicht. Bei der Etablierung von Landschaftspflegeherden kann es aus ökonomischen Gründen sogar sehr sinnvoll sein, auf das jährliche Ablammen der weiblichen Tiere zu verzichten (z. B. mit Blick auf geringere Stallhaltungskosten im Winter). Auch sogenannte „Hammelherden“ (männliche Tiere) haben in der Vergangenheit sehr erfolgreich an der Landschaftspflege insbesondere von Extensiv- und Extremstandorten teilgenommen. Gerade Muttertiere können zum Ende der Trächtigkeit oftmals durch den Futteraufwuchs auf nährstoffarmen Standorten nicht bedarfsgerecht versorgt werden. Von daher erscheint es angezeigt, die gekoppelte Zahlung für alle Schafe und Ziegen ab einer bestimmten Altersgrenze auszureichen. Eine Begrenzung der gekoppelten Zahlung auf reine Mutterschafe und -ziegen schließt ggf. gerade solche Betriebe aus dem Kreis der potentiellen Zahlungsempfänger aus, die als enge Partner des Naturschutzes mit Hilfe der gekoppelten Zahlung zukunftsfähige Betriebszweigmodelle der Landschaftspflege entwickeln würden.

Die Zielrichtung, die Zahlung nur an weidende Tiere auszureichen, kann über die Anforderung an die Haltungsform (Ausschluss der ganzjährigen Stallhaltung) erreicht werden. Für die Erreichung dieses Ziels ist die Begrenzung der Zahlung auf Mutterschafe und -ziegen nicht erforderlich.

Der Austausch der Formulierung „Mutterschafe und -ziegen“ gegen die Wörter „Schafe und Ziegen“ deckt sich mit dem Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 23.04.2021 zur Neuausrichtung der GAP. In Punkt 3 heißt es hier: Die Umweltministerkonferenz begrüßt, dass mit der vorgesehenen Tierprämie in Höhe von 2 Prozent der nationalen Obergrenze die ökologisch besonders wertvolle Weidetierhaltung (Schafe, Ziegen, Mutterkühe) honoriert wird.

15. Zu § 24 Absatz 1 Nummer 3 GAPDZG

In § 24 Absatz 1 Nummer 3 sind die Wörter „ein Haltungszeitraum“ durch die Wörter „eine Stichtagsregelung“ zu ersetzen.

Begründung:

Im § 24 (Festlegungen für die Zahlungen für Mutterschafe und -ziegen) ist unter Nummer 3 „ein Haltungszeitraum“ als Voraussetzung für die Zahlung genannt; die Worte „ein Haltungszeitraum“ sind durch die Worte „eine Stichtagsregelung“ zu ersetzen. Für die Schafe und Ziegen wird bisher nur einmal jährlich eine Meldung des Tierbestands an das „Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere“ (HIT) abgegeben (Stichtag). Bei der verwaltungsmäßigen Umsetzung des Haltungszeitraums müsste der Antragsteller zusätzliche Aufzeichnungen ganzjährig über den Tierbestand vorhalten. Das erfordert zusätzliche Kontrollen von Seiten der Verwaltung, die deutlich aufwendiger sind als ein Abgleich mit dem HIT. Mit der Stichtagsregelung entfällt diese zusätzliche Kontrolle, da die Daten aus dem HIT elektronisch abgerufen und für eine Kontrolle genutzt werden können.

16. Zu § 31 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 – neu – GAPDZG

In § 31 ist Absatz 2 Satz 2 wie folgt zu ändern:

- a) In Nummer 2 Buchstabe b ist am Ende das Wort „und“ zu streichen.
- b) In Nummer 3 ist am Ende der Punkt durch das Wort „ , und“ zu ersetzen.
- c) Folgende Nummer ist anzufügen:
„4. die Öko-Regelungen potenziell flächendeckend und deutschlandweit anwendbar sind.“

Begründung:

Die natürlichen Produktionsbedingungen in der deutschen Landwirtschaft (z.B. Bodenverhältnisse etc.) sind sehr unterschiedlich und teilweise auch großräumig verschieden (z.B. Grünland- und Ackerbauregionen mit unterschiedlicher Bodengüte). Die neuen Ökoregelungen müssen auch in sog. Gunstlagen und in Intensivregionen angewandt werden können. Bei der Konkretisierung der gemäß § 20 beabsichtigten Maßnahmen sowie der Festsetzung der zugehörigen Einheitsbeträge bzw. Ökoprämien muss die entsprechende Verordnung sicherstellen, dass die ÖR-Regelungen potenziell flächendeckend und deutschlandweit ausgewogen genutzt werden.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zum Gesetzentwurf insgesamt

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Bundesrates, dass die bürokratischen Lasten bei den Landwirten auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert sein sollen, was insbesondere den Verzicht auf die Prüfung der Tierkennzeichnung betrifft, soweit sie nicht zwingend für die Umsetzung der neuen gekoppelten Prämien für Mutterschafe, -ziegen und -kühe vorzunehmen ist. Auch der Verzicht auf Zahlungsansprüche bei der Einkommensgrundstützung dient diesem Ziel. Sie wird im Rahmen des sachlich und rechtlich Erforderlichen auch in den bevorstehenden weiteren Rechtsetzungsverfahren zur nationalen Durchführung der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik ein besonderes Augenmerk auf die bürokratischen Lasten bei den Landwirten legen.

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Bundesrates, dass die vorgesehenen Öko-Regelungen so ausgestaltet sein sollten, dass eine flächendeckende Teilnahme aller Landwirte an Öko-Regelungen möglich ist und die Maßnahmen in allen Regionen Deutschlands ausgewogen anwendbar sein sollten. Bereits die Auswahl der in § 20 des Gesetzentwurfs der Bundesregierung aufgelisteten Öko-Regelungen, die mindestens angeboten werden, erfolgte, wie in der Gesetzesbegründung zu § 20 ausgeführt wird, auch vor dem Hintergrund potentiell flächendeckender und einheitlich ausgestalteter Regelungen, die deutschlandweit angeboten werden können.

Zu Nummer 3

Die Darstellung des Erfüllungsaufwands wird auch bei den bevorstehenden Rechtsverordnungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Durchführung des künftigen GAP-Direktzahlungen-Gesetzes (BT-Drs. 19/29490), des künftigen GAP-Konditionalitäten-Gesetzes (BT-Drs. 19/29489) und des künftigen GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetzes (BT-Drs. 19/29488), die alle der Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab dem Jahr 2023 dienen, entsprechend den bestehenden Vorgaben und unter Berücksichtigung der von den Ländern im Beteiligungsverfahren zur Verfügung gestellten Informationen erfolgen. Die Befürchtung des Bundesrates, dass es bei der Durchführung der Öko-Regelungen zu einem erheblichen Mehraufwand kommen könnte, wird nicht geteilt, denn mit den meisten Öko-Regelungen vergleichbare Maßnahmen werden als Agrarumwelt und -klimamaßnahmen von den Ländern im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik bereits durchgeführt. Eine Umsetzung als Öko-Regelung dürfte den Aufwand nicht wesentlich verändern.

Zu Nummer 4

Diese Bitte des Bundesrates betrifft nicht den vorliegenden Gesetzentwurf, sondern ausschließlich den gleichzeitig vorgelegten Entwurf eines GAP-Konditionalitäten-Gesetzes (BT-Drs. 19/29489).

Zu Nummer 5

Die Bundesregierung nimmt die Ausführungen des Bundesrates zur Berücksichtigung der Position der Umweltministerien der Länder zur Kenntnis. Die bevorstehende Ausgestaltung der Öko-Regelungen wird nach dem Gesetzentwurf durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit erfolgen. Diese Rechtsverordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Die ordentlichen Beteiligungsverfahren werden durchgeführt werden.

Zu Nummer 6

Die Bundesregierung nimmt die Auffassung des Bundesrates zur Kenntnis. Was die vom Bundesrat angesprochene „Revisionsklausel“ betrifft, sieht der Entwurf eines GAP-Direktzahlungen-Gesetzes in § 20 Absatz 4 vor,

dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft bis zum 31. Dezember 2024 die in diesem Gesetz vorgesehenen Instrumente zur Förderung von Umwelt, Klima und Tierwohl überprüft und evaluiert. Ausweislich der Gesetzesbegründung soll das Bundesministerium dem Bundeskabinett zum 31. Dezember 2024 einen Bericht erstatten zum Umsetzungsstand der in diesem Gesetz oder aufgrund einer Verordnung nach diesem Gesetz vorgesehenen Instrumente der Förderung von Umwelt, Klima und Tierwohl im Hinblick auf die Zwischenziele und deren Zielerreichung. Dabei sollen auch die Höhe des Budgets für Öko-Regelungen sowie deren Anwendung, Ausgestaltung und Wirkungen überprüft werden. Der Bericht soll, soweit erforderlich, Anpassungsvorschläge enthalten.

Zu Nummer 7

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme des Bundesrates zu den gekoppelten Zahlungen für Mutterschafe- und -ziegen sowie für Mutterkühe zur Kenntnis.

Zu Nummer 8

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Trilogverhandlungen zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) durch das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und den Rat, vertreten durch den derzeitigen portugiesischen Ratsvorsitz, geführt werden.

Die Bundesregierung weist des Weiteren darauf hin, dass im Rahmen von Öko-Regelungen Zahlungen nur für förderfähige Hektarflächen oder für Großvieheinheiten vorgesehen werden können, also entgegen der Befürchtung des Bundesrates nicht für die Anschaffung von Landmaschinen.

Zu Nummer 9

Die genaue Ausgestaltung der Öko-Regelungen gemäß § 20 Absatz 1 des Gesetzentwurfs durch die hierfür vorgesehene Rechtsverordnung wird derzeit noch unter Einbeziehung aller Aspekte geprüft. Eine Berücksichtigung einer mehrjährigen Anwendung von Öko-Regelungen ist im Gespräch. Unabhängig davon wurden die nach § 20 Absatz 1 des Gesetzentwurfs mindestens anzuwendenden Öko-Regelungen von der Bundesregierung insbesondere auch nach dem Kriterium ausgewählt, dass sie einen ökologischen Mehrwert schon bei einjähriger Anwendung haben, denn die Direktzahlungen sind im EU-Recht als jährliches System ausgestaltet.

Zu Nummer 10

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Bundesrates zur Gestaltung der Zahlungen für Öko-Regelungen und hat dies auch auf europäischer Ebene eingefordert. Das Anliegen des Bundesrates zur Prämienberechnung soll bei der nationalen Umsetzung soweit rechtlich zulässig berücksichtigt werden.

Zu Nummer 11

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme des Bundesrates zur Kenntnis.

Zu Nummer 12

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass es sich bei der in § 20 Absatz 1 Nummer 7 des Gesetzentwurfs vorgeschlagenen Öko-Regelung um die „Anwendung von durch die Schutzziele bestimmten Landbewirtschaftungsmethoden auf landwirtschaftlichen Flächen in Natura 2000-Gebieten“ handelt, die entsprechend dem EU-Rahmen auszugestalten ist.

Zu Nummer 13 – Zu § 20 Absatz 1 Nummer 1 und 1a – neu – bis 1c – neu- GAPDZG

Der Vorschlag wird von der Bundesregierung nicht unterstützt. Der Gesetzentwurf enthält in § 20 Absatz 1 Nummer 1 die Öko-Regelung „Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität und Erhaltung von Lebensräumen“. In den Buchstaben a bis d werden hierzu die unterschiedlichen Flächentypen adressiert. Dies ist vor dem Hintergrund der EU-rechtlichen Vorgaben zur Berechnung der Prämienhöhe erfolgt. Hierzu wird auf die Ausführungen in Nummer 10 verwiesen.

Durch die vorgeschlagene Änderung sollen stattdessen vier Öko-Regelungen eingeführt werden.

Zu Nummer 14 – Zu §§ 22, 23, 24 und 25 GAPDZG

Der Vorschlag des Bundesrates, die gekoppelte Einkommensstützung für den Sektor Schaf- und Ziegenfleisch nicht nur für Mutterschafe und -ziegen zu gewähren, sondern für alle Schafe und Ziegen (ab einer bestimmten Altersgrenze), wird von der Bundesregierung abgelehnt. Die Zahlung für Mutterschafe und -ziegen ist in dem Gesetzentwurf als gekoppelte Einkommensstützung für den Sektor Schaf- und Ziegenfleisch vorgesehen und soll jährlich für die Haltung von Mutterschafen und -ziegen gewährt werden. Dies ist sachgerecht. Auch in der Europäischen Union war bis zur Einführung der entkoppelten Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch eine Stützung in Form einer Mutterschaf- und Mutterziegenprämie geregelt.

Zu Nummer 15 – Zu § 24 Absatz 1 Nummer 3 GAPDZG

Der Vorschlag wird von der Bundesregierung nicht unterstützt. Die Voraussetzungen für die Zahlung für Mutterschafe und -ziegen sollen nach § 24 Absatz 1 in einer Rechtsverordnung aufgrund des Marktorganisationsgesetzes geregelt werden. Die Aufzählung möglicher Regelungsinhalte in § 24 Absatz 1 ist ausdrücklich nicht abschließend gefasst. Die Spielräume für eine sachgerechte Ausgestaltung der Zahlung für Mutterschafe und -ziegen sollen jedoch nicht durch eine Änderung präjudiziert werden.

Zu Nummer 16 – Zu § 31 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 – neu – GAPDZG

Der Vorschlag wird von der Bundesregierung abgelehnt. § 31 Absatz 2 regelt einige Vorgaben für die durch Rechtsverordnung zu regelnde Methode der Berechnung der tatsächlichen Einheitsbeträge für die Direktzahlungen, die den Betriebsinhabern zu gewähren sind. In diesem Zusammenhang kann das mit der Änderung angestrebte Ziel, dass die Öko-Regelungen potenziell flächendeckend und deutschlandweit anwendbar sind, allerdings nicht erreicht werden. Dies kann nur bei der Ausgestaltung der Öko-Regelungen verfolgt werden. Auf die Ausführungen zu Nummer 2 wird verwiesen.